

# Entwurf für den netzpolitischen Teil im Landeswahlprogramm der SPD Berlin

Netzpolitik betrifft alle. Gerade bei der Netzpolitik handelt es sich im Kern um Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen. Es geht nicht nur um die Kontrolle von Daten sondern es geht auch um soziale Teilhabe und Partizipation. Diese Erkenntnis ist zentral für die SPD.

- Informatikkompetenz verpflichtend für alle Schüler\_innen in der Sekundarstufe
- Die Berliner Sozialdemokrat\*Innen wollen die Idee von frei verfügbarem Wissen fördern und unterstützen daher den Grundsatz von Open Access und Open Educational Resources
- Das Berliner Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz soll weiterentwickelt und um proaktive Elemente erweitert werden und somit dem Beispiel Hamburgs folgen
- Wir wollen ein kostenfreies WLAN-Netz an zentralen Orten jedes Bezirks und die Freifunk Initiativen fördern. Daneben setzen wir uns mittels einer Bundesratsinitiative für die Abschaffung der Störerhaftung ein
- Die Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland hat uneingeschränkt Geltung
- Die SPD ist die Partei der Bürgerrechte und lehnt deswegen die Vorratsdatenspeicherung aber auch polizeiliche Maßnahmen wie die Stille SMS, die Funkzellenabfrage oder jegliche Form von Trojanern als klar unverhältnismäßig ab.
- Wir wollen die erfolgreiche Start-Up Strategie der letzten Legislaturperiode fortsetzen. Deswegen wollen wir die staatliche Förderung für Start-Ups deutlich ausbauen
- Der Pakt für Gute Arbeit der Berliner SPD ist guter Anfang den wir weiter entwickeln wollen

## 1. Bildung

Fähigkeiten zur interaktiven Kommunikation, zur kompetenten Mediennutzung, zur kritischen Auseinandersetzung mit Informationen sind notwendiges Rüstzeug in der digitalen Gesellschaft.

Für die Zukunft wollen wir alle Kräfte bündeln, um die Medienkompetenz zu stärken. Ein wichtiger Teil der Medienkompetenz ist Informationskompetenz.

Informationskompetenz bedeutet, dass man in der Lage ist, Informationen an der richtigen Stelle zu finden, aber man muss auch in der Lage sein, diese zu bewerten, d.h. darüber nachzudenken, ob diese Information richtig ist und man dieser Information trauen kann. Informationskompetenz heißt aber auch, Informationen nicht ohne die Nennung von Quellen zu übernehmen, sondern durch korrekte Verweise und korrektes Zitieren anderen Personen es zu ermöglichen, die Schritte zur

Beschaffung und Verwendung dieser Information nach- zu vollziehen. Wir wollen, dass das Thema Medienkompetenz in Bildungs- und Jugendeinrichtungen stärker vermittelt wird und auch gerade Eltern miteinbeziehen. Dabei verstehen wir Medienpädagogik als Querschnittsthema in den Bildungsplänen, nicht als zusätzliches Fach.

Deswegen muss Medienpädagogik als Querschnittsaufgabe auch im Vorbereitungsdienst und bei der Lehrerfortbildung ebenso wie in den verschiedenen pädagogischen Studiengängen und Ausbildungen durchgängig und verbindlich berücksichtigt werden. Es liegt auch in der Verantwortung der Schule, die Kompetenzen zu vermitteln, die erforderlich sind, um Medien kritisch zu konsumieren und produktiv in die Arbeits- und Lebenswelt einbeziehen zu können. Alle Kinder und Jugendlichen sollen zu emanzipierten Mediennutzerinnen und Mediennutzer befähigt werden. Im Sinne der MINT Förderung wollen wir geschlechterspezifische Unterschiede nivellieren.

Wir wollen die Einrichtung eines Runden Tisches zur Medienkompetenzförderung, um ein „Gesamtkonzept Medienkompetenz“ für alle BerlinerInnen zu entwickeln. Die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg ist dabei einzubeziehen.

Technische Geräte und Algorithmen, also technische Anleitungen zur Lösung eines Problems, beeinflussen täglich unser Leben. Um diese zu verstehen und zu nutzen sowie die jeweiligen Chancen und Herausforderungen selbstbestimmt abzuschätzen, bedarf es eines grundlegenden Wissens. Die SPD Berlin setzt sich deshalb dafür ein, Informatikkompetenz für alle Berliner Schüler\_innen.

Für uns als SPD ist es wichtig die digitale Spaltung zu überwinden. Daher wollen wir auch ältere Menschen bei der Erlernung digitaler Techniken unterstützen. Die SPD will Computerkurse für Seniorinnen und Senioren weiter fördern und stärken. Außerdem muss für uns bei der Verwaltung sollen sowohl digitale als auch analoge Angebote für die Bürgerinnen und Bürger weiter bestehen bleiben.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Jugendmedienschutz. Wir wollen diesen insbesondere im Internet stärken. Wir sind davon überzeugt, dass technische Restriktionen nicht die Medienkompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen ersetzen können. Deswegen setzen wir uns für eine zeitgemäße Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages ein, der die freien Strukturen des Internets nicht beeinträchtigen darf. Eine Altersfreigabe aller Inhalte im Internet lehnen wir daher ab.

Die Berliner Sozialdemokrat\*Innen wollen die Idee von frei verfügbarem Wissen fördern und unterstützen daher den Grundsatz von Open Access und Open Educational Resources. Für alle vom Land Berlin finanzierten wissenschaftlichen Publikationen gilt ein Zweitverwertungsrecht. Daher werden auch durch Berlin finanzierte Kultur- und Wissenschaftsprojekte bevorzugt die ihre Ergebnisse öffentlich zugänglich machen.

## 2. Transparenz und Partizipation

Die SPD Berlin steht für eine offene Gesellschaft sowie eine transparente Regierung und Verwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten — unter Beachtung des Datenschutzes — grundsätzlich freien Zugang zu den vorhandenen Informationen der öffentlichen Verwaltungen. Die Daten und Dokumente des Berliner Senats sollten grundsätzlich alle öffentlich und frei zugänglich sein. Wir streiten aktiv für eine transparente Verwaltung und setzen uns dafür insbesondere für einen Mentalitätswandel auf allen Ebenen der Verwaltung ein.

Die Verwaltungsprozesse müssen so umgestaltet werden, dass die Erzeugung aktueller, frei zugänglicher und verlässlicher Informationen für die Öffentlichkeit integraler und selbstverständlicher Bestandteil wird.

Die Open Data Strategie der auslaufenden Legislaturperiode muss fortgeführt und die erfolgreiche Arbeit des Senats unterstützt und weiter vertieft werden. Darum muss insbesondere das Berliner Informationsfreiheitsgesetz zum Transparenzgesetz weiterentwickelt, um proaktive Elemente erweitert werden und somit dem Beispiel Hamburgs folgen. Darüber hinaus sollten das Amtsblatt sowie das Gesetz- und Verordnungsblatt digital und in einer freien Lizenz verfügbar gemacht werden. Die Verkehrsdaten der Berliner Verkehrsbetriebe sowie anderer Betriebe der Öffentlichen Daseinsvorsorge, mit denen das Land Berlin vertragliche Vereinbarung getroffen hat, müssen in Echtzeit und in freien Formaten und Lizenzen den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden. Wir streben ferner einer Bundesratsinitiative für offene Daten auf Bundesebene an.

Berlin verfügt über ein bundesweit einzigartig dichtes Netz an Museen und Bibliotheken, die ein unschätzbare kulturelles Erbe beherbergen. Dieser Kulturschatz kann durch Digitalisierung für kommende Generationen gegen Verluste und Schäden der physischen Bestände geschützt und seine wissenschaftliche Erschließung durch weltweit kostenfreie Zugänglichkeit enorm befördert werden. Als Berliner SPD wollen wir die Chancen der Digitalisierung für die kulturelle Teilhabe nutzen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Digitalisierung unseres kulturellen Erbes weiter vorangetrieben wird und die Digitalisate – wo rechtlich möglich – unter Freien Lizenzen veröffentlicht werden. Die Berliner Bibliotheken können beachtliche Fortschritte bei der Digitalisierung ihrer Bestände vorweisen. Wir als Berliner SPD sind der Überzeugung, dass dieser Weg entschlossen weiter beschritten werden muss.

Die Internetseiten des Abgeordnetenhaus, des Senats und der Landesbehörden sowie der Bezirksvertretungen und Bezirksämter sollen in der kommenden Legislaturperiode modernisiert, mobil zugänglich gemacht und barrierefrei gestaltet werden.

Berlin erhält eine E-Partizipations-Plattform, mit deren Hilfe Bürgerinnen und Bürger Probleme, Lösungsmöglichkeiten und Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität dem Berliner Senat und den Bezirksregierungen vortragen sowie abstimmen und diskutieren können. Projekte, wie der Bürgerhaushalt Lichtenberg sollen auch in anderen Bezirken angeboten werden. Dabei werden die zuständigen Ansprechpartner\*Innen der Verwaltung in das System eingebunden und langfristig in die Berliner Open Data Angebote integriert. Außerdem soll geprüft werden inwieweit die Informationen des Senats und des Abgeordnetenhauses besser und einfacher aufbereitet und verfolgbar gemacht werden.

### **3. Digitale Infrastruktur**

Wir wollen ein kostenfreies WLAN-Netz an zentralen Orten jedes Bezirks und die Freifunk Initiativen fördern. Daneben setzen wir uns mittels einer Bundesratsinitiative für die Abschaffung der Störerhaftung ein. Dadurch werden Bürger\*Innen und Unternehmen motiviert werden, ihre ohnehin vorhandenen Internet-Zugänge über WLAN allgemein zugänglich zu machen. Derzeit schreckt die unklare Rechtslage hierzu mit unkalkulierbaren Haftungsrisiken vor einem solchen Schritt ab.

Nach einer Erhebung für den bundesweiten Breitbandatlas (TÜV Rheinland) sind drei Dutzend Ortsteile in Berlin erheblich vom Zugang zum schnellen Internet abgeschnitten. Kurzfristige Abhilfe ist mit der im Ausbau befindlichen Breitbandtechnologie LTE möglich. Wir wollen auf die Netzbetreiber Einfluss nehmen, zunächst Antennenstandorte in Betrieb zu nehmen, die zur Versorgung dieser Ortsteile geeignet sind. Darüber hinaus streben wir den Aufbau eines leistungsstarken, drahtgebundenen Breitbandnetzes an. Außerdem wollen wir ein Sofortprogramm zum Breitbandausbau auflegen mit dem Ziel bis 2018 in Berlin flächendeckend 100 Mbit anbieten zu können.

Berlin ist ein digitaler Trendsetter und soll daher ein Vorreiter der bürgernahen technologiegestützten Verwaltung werden. Neben Bürgersprechstunden und Telefonservice sollen die Möglichkeiten, Behördengänge online von Zuhause zu erledigen, auf alle Behördervorgänge ausgeweitet werden.

Eine moderne Verwaltung braucht eine moderne IT-Strategie. Darum verfolgt die SPD Berlin das Ziel, eine Umstellung auf freier Open Source Software und Betriebssysteme für die Verwaltung durchzuführen. Alle Software-Lösungen in der Verwaltung Berlins sollen Offene und Freie Standards bzw. Dateiformate verwenden, um bei der Wahl der eingesetzten Software möglichst flexibel zu sein und Abhängigkeiten von Anbietern und Plattformen zu vermeiden.

### **4. Medienpolitik**

Die Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland hat uneingeschränkt Geltung. Gerade bei der fortschreitenden Digitalisierung und Reduzierung von Nachrichtenagenturen und Redaktionen wird die

Rolle der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten immer wichtiger. Dazu gehört im Internetzeitalter auch ein öffentlich-rechtliches, werbefreies Vollangebot im Internet als „dritte Säule“.

Wir sprechen uns gegen das Depublizieren, also das Löschen von eigenproduzierten Inhalten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus. Die von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlten Inhalte müssen dauerhaft und digital zur Verfügung stehen. Bereits getätigte Einschränkungen sind rückgängig zu machen. Digitale Projekte wie Mediatheken und Apps des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks unterstützt die Berliner Sozialdemokratie ausdrücklich.

Wir setzen uns dafür ein, dass der RBB zukünftig offene Standards benutzt. Außerdem soll geprüft werden inwieweit es für den RBB möglich ist neben den Fernsehrechten auch immer die digitalen Rechte an Filmen oder Sportübertragungen zu erwerben. Außerdem müssen die selbstproduzierten und gebührenfinanzierten Inhalte des RBB unter eine Creative Commons Lizenz gestellt werden.

Das Leistungsschutzrecht für Presseverlage lehnen wir klar ab. Es bedarf keiner neuen Schutzrechte, eine Stärkung der Verfahrensrechte wäre ausreichend und viel sachgerechter. Deswegen setzen wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung des Leistungsschutzrechtes ein.

## **5. Sicherheitspolitik**

Die SPD ist die Partei der Bürgerrechte – auch im digitalen Zeitalter. Deshalb treten wir konsequent für die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ein – sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber Privaten. Die Vorratsdatenspeicherung lehnen wir klar ab. Auch polizeiliche Maßnahmen wie die Stille SMS, die Funkzellenabfrage oder jegliche Form von Trojanern sind unverhältnismäßig.

Bürger\_innen sollen die Möglichkeit haben mit allen öffentlichen Stellen vertraulich mit End zu Ende Verschlüsselung und freier Open Source Software kommunizieren zu können.

## **6. Digitale Wirtschaft und Arbeit**

Dank der guten Arbeit des Senats hat sich Berlin, in den letzten Jahren zum europäischen Start-Up Zentrum entwickelt. Dieses Potenzial für Innovationen, Arbeitsplätze und weitere Unternehmen wird durch die SPD gefördert werden. Die Start-Up Branche ist die Chance für die Reindustrialisierung Berlins. Außerdem wird sich die Berliner SPD für die Interessen der Medien- und Kreativwirtschaft auf allen Ebenen einsetzen, um die bestmöglichen Rahmenbedingungen für deren positive Entwicklung herbeizuführen.

Wir wollen die erfolgreiche Start-Up Strategie der letzten Legislaturperiode fortsetzen. Deswegen soll die staatliche Förderung für Start-Ups deutlich deutlich ausgebaut werden. Dabei streben wir an die Bürokratie deutlich abzubauen und immer mehr auf eine langfristige Förderung zu setzen. Hier wollen wir auch vor allem die Förderung von Frauen weiter vorantreiben.

Wer etwas riskiert und ein Start-Up gründet der kann auch scheitern. Ohne solche Fehler und ein damit verbundenes Scheitern gibt es aber keine Innovation. Deswegen wollen wir in Berlin eine Kultur des Versuchen und Scheiterns etablieren, die zu mehr Entrepreneurship führt. Nur wenn ein mutiger Versuch und ein mögliches Scheitern Teil unserer Kultur wird, werden immer mehr Menschen bereit sein ihre unternehmerischen Ideen auch wirklich umzusetzen.

Netzneutralität, also die gleichberechtigte und wertneutrale Datenübertragung im Internet, sehen wir als Schlüssel, um einen diskriminierungsfreien Zugang zum Internet ohne unangemessene staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe sicherzustellen. Wir wollen kein Zwei Klassen Internet und setzen uns daher für die gesetzliche Absicherung der Netzneutralität ein.

Das Datenschutzrecht in seiner jetzigen Form wird seinem ursprünglichen Anspruch nicht mehr vollständig gerecht. Die SPD Berlin setzt sich in allen Lebensbereichen dafür ein, dass personenbezogene Daten nur dann für gewerbliche und andere Zwecke gebraucht werden dürfen, wenn die Nutzerinnen und Nutzer dies ausdrücklich befürwortet haben. In der Gesetzgebung auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene setzen wir uns für eine konsequente Anwendung dieses „opt-in“-Verfahrens für die Nutzung privater Daten und die strikte Anwendung solcher Regeln in der Verwaltung ein. Dies gilt insbesondere auch für die Reform des Meldegesetzes. Außerdem wollen wir die Position und die Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit stärken.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, eine Entwertung und ersatzlose Verdrängung von Arbeit zu verhindern und stattdessen den technologischen Fortschritt für eine Aufwertung der Arbeit zu nutzen – für höhere Produktivität, mehr Beschäftigung und bessere Arbeitsbedingungen.

Der Pakt für Gute Arbeit der Berliner SPD ist guter Anfang den wir weiter entwickeln wollen. Die Kreativwirtschaft ist in hohem Maße von der Digitalisierung betroffen, ob Musik und Filme aus dem Internet oder eBooks. Dem hat beispielsweise das Music-Board Berlin mit seiner Technologieförderung bereits Rechnung getragen. Wir werden diese Technologieförderung weiter vorantreiben indem wir in der Region einen Modell-Standort „Gute Arbeit in der digitalen Kreativwirtschaft“ etablieren, der nachhaltiges und erfolgreiches Wirtschaften für Künstler und KMUs auf dem globalen Markt ermöglicht: Berlin als weltweit sichtbarer Kreativstandort für ein Best Practice